



Detailansicht des Registereintrags

DB InfraGO AG

Aktuell seit 12.02.2026 19:02:20

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer: R001379

Ersteintrag: 24.02.2022

Letzte Änderung: 12.02.2026

Letzte Jahresaktualisierung: 24.06.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

Adam-Riese-Str. 11-13
60327 Frankfurt / Main
Deutschland

Telefonnummer: +4916097442632

E-Mail-Adressen:

dbinfrago@deutschebahn.com

Webseiten:

www.dbinfrago.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

230.001 bis 240.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,13

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Philipp Nagl

Funktion: Vorsitzender des Vorstands

2. Jens Bergmann

Funktion: Vorstand Finanzen und Controlling

3. Ralf Thieme

Funktion: Vorstand Personal

4. Dr. Imke Kellner

Funktion: Vorständin Fahrweg

5. Dr. Katja Hüske

Funktion: Vorständin Personenbahnhöfe

6. Gerd-Dietrich Bolte

Funktion: Vorstand Infrastrukturplanung und -projekte

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):

1. Kim Oliver Engelbach

2. Friedemann Keßler

3. Dr. Wolfgang Weinhold

4. Henriette Hahn MBA

5. Steffen Hantschick

6. Dr. Philipp Nagl

7. Jens Bergmann

8. Ralf Thieme

9. Dr. Imke Kellner

10. Dr. Katja Hüske

11. Gerd-Dietrich Bolte

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):

Energienetze; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Land- und Forstwirtschaft; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Sonstiges im Bereich "Raumordnung,

Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die DB InfraGO AG gestaltet die Zukunft der deutschen Eisenbahninfrastruktur. Der Fokus liegt auf der Schaffung eines leistungsfähigen Schienennetzes und attraktiver Bahnhöfe aus einer Hand. In dieser Funktion beobachtet die DB InfraGO AG verkehrspolitische Gesetzgebungsverfahren und Initiativen sowie sonstige für ihre Geschäftstätigkeit bedeutende Aktivitäten von Bundestag und Bundesregierung. Im Zuge dessen werden Dialogveranstaltungen und Gespräche mit Regierungsmitgliedern, Abgeordneten sowie Vertreter:innen der Ministerien geführt. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Anpassungen bei der Einführung der EU-Kapazitätsverordnung

Beschreibung:

Die DB InfraGO AG unterstützt den Vorschlag der Europäischen Kommission zu einer EU-Kapazitätsverordnung (Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Nutzung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn im einheitlichen europäischen Eisenbahnraum, zur Änderung der Richtlinie 2012/34/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 - (KOM(2023) 443 vom 11.07.2023) grundsätzlich. Anpassungsbedarf besteht bei der Ausnahme von bestimmten Kapazitätsänderungen von der Kompensationspflicht und der Anwendung sozio-ökonomischer Kriterien auf die Aufteilung knapper Kapazität.

Interessenbereiche:

Schienenverkehr [alle RV hierzu]

2. Praxisgerechte Umsetzung des TK-Netzausbau- Beschleunigungsgesetzes

Beschreibung:

Die DB InfraGO AG setzt sich für die Beschränkung der Mitwirkungspflicht für den Betreiber der Schienenwege in § 106 auf die Mitnutzung vorhandener Anlagen ein.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 391/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen
(TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13171 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen
(TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen (TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]

3. Anpassung der gesetzlichen Regelungen zur Entgeltbildung und -regulierung

Beschreibung:

Es bedarf eines funktionsfähigen Trassenpreissystems, das mit den verkehrspolitischen Zielsetzungen kompatibel ist und eine faire Lastenverteilung zwischen den Verkehrsarten schafft. Dafür müssen die finanziellen und regulatorischen Grundlagen überprüft und angepasst werden.

Betroffenes geltendes Recht:

ERegG [alle RV hierzu]; RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2510010018 (PDF - 5 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 11.07.2025 an:

4. Transformation des Vergaberechts zur Vereinfachung und Beschleunigung von Vergabeverfahren nutzen.

Beschreibung:

Im Rahmen des anstehenden Gesetzgebungsverfahrens sollte das bestehende Potential zur Vereinfachung und Beschleunigung von Vergabeverfahren genutzt werden. Dies gilt u.a. für die Bereiche Flexibilisierung des Losgrundsatzes, elektronische Zurverfügungstellung von Unterlagen, Bekanntmachung von Eignungskriterien, Nachforderung von Unterlagen durch die Vergabestelle, beschleunigter Umsetzungsstart von Infrastrukturmaßnahmen sowie Erleichterung bei Statistikpflichten.

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]; SektVO 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010016 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. Anpassung der Verordnung über die Erteilung von Inbetriebnahmegenehmigungen für das Eisenbahnsystem

Beschreibung:

Die Änderungsvorschläge zielen auf eine Verwaltungsvereinfachung. Damit sollen sowohl die Planung, Realisierung und Inbetriebnahme von Eisenbahninfrastrukturmaßnahmen beschleunigt werden als auch die Verfahren im Bereich der Fahrzeugzulassung.

Betroffenes geltendes Recht:

EIGV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

6. Anpassung der 4. BImSchV, im Rahmen des Entwurfs eines Mantelgesetzes und einer Mantelverordnung zur Umsetzung der novellierten IED

Beschreibung:

Mit einer Anpassung der Regelungen der 4. BImSchV für den Umschlag- und die Zwischenlagerung von Bauabfällen ließe sich das Bauen in der Schieneninfrastruktur erleichtern und beschleunigen.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.12.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 4 2013 [alle RV hierzu]; KrWG [alle RV hierzu]; BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 11 2004 [alle RV hierzu]; BImSchV 9 [alle RV hierzu]; BImSchV 17 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010015 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

7. Anpassung vorgesehener Regelungsvorschläge zum WHG

Beschreibung:

Die DB InfraGO setzt sich für Anpassungen bei den baulichen Anforderungen für Instandsetzungsmaßnahmen von Brücken sowie für Verkehrsinfrastrukturen in Überschwemmungsgebieten ein. Zudem sollte eine Übergangsregelung normiert werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und des Schutzes vor Starkregenereignissen sowie zur Beschleunigung von Verfahren des Hochwasserschutzes
Datum des Referentenentwurfs: 13.10.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

8. Bedarfsgerechte Mitteldotierung für die Schiene

Beschreibung:

Die DB Infra GO setzt sich im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2025 und 2026 und eines Sondervermögens für Investitionen in die Infrastruktur für eine bedarfsgerechte Mitteldotierung der Infrastruktur ein und dabei insbesondere für das Bestandsnetz. Zudem setzt sich die DB für eine passfähige Trassenpreisförderung für den Schienenpersonenfernverkehr und Schienengüterverkehr ein, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

- SG2506300017 (PDF - 3 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Versendet am 12.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

- SG2510010017 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

- SG2601020013 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 10.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 13.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

9. Bürokratieabbau Paket Schiene

Beschreibung:

Für die Schiene relevante Empfehlungen des Normenkontrollrats für eine Reformagenda der nächsten Bundesregierung sowie noch offene Empfehlungen des Pakts für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung und der Beschleunigungskommission Schiene (BKS) sowie weitere Vorschläge zum Bürokratieabbau sollten für den Bereich gebündelt umgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AEG [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; EIGV [alle RV hierzu]; EBKrG [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010020 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Versendet am 29.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik für die Schieneninfrastruktur

Beschreibung:

Um Modernisierung, Digitalisierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur wirksam voranzutreiben, bedarf es einer Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik. Nötig ist eine Leitstrategie des Bundes, Verbindlichkeit, Transparenz und Planbarkeit müssen erhöht, die Rolle des Bundes als Leistungsbesteller gestärkt und die Wechselwirkungen zwischen Nutzer- und Bundesfinanzierung austariert werden. Leitinstrument der Umsetzung soll ein gesetzlich verankerter Infraplan werden. Dieser ist überjährig und verbindlich durchzufinanzieren. Es bedarf eines funktionsfähigen Trassenpreissystems, das mit den verkehrspolitischen Zielsetzungen kompatibel ist und eine faire Lastenverteilung zwischen den Verkehrsarten schafft.

Betroffenes geltendes Recht:

BSWAG [alle RV hierzu]; ERegG [alle RV hierzu]; RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

11. Anpassung des GVFG zur Entbürokratisierung und Planungsbeschleunigung

Beschreibung:

Die DB setzt sich für eine Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Fördertatbestände des GVFG sowie eine Aufstockung der GVFG-Mittel ein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines vierten Gesetzes zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes
Datum des Referentenentwurfs: 24.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GVFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510010022 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

12. Umsetzung und Ergänzung des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes

Beschreibung:

Anpassungen vorgesehener Änderungen im AEG, UVPG und ROG zugunsten des stärkeren Verzichts auf Genehmigungsverfahren und gutachterliche Verfahren. Änderungen vorgesehener Anpassungen im EKrG zur Beschleunigung von eisenbahnkreuzungsrechtlichen Verfahren. Anpassung der vorgesehenen Änderungen im VwfG zur stärkeren Digitalisierung von Genehmigungsverfahren

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf des BMV Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 12.12.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AEG [alle RV hierzu]; EKrG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu];
Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2601020014](#) (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versetzt am 15.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (25):**1. Bundesrepublik Deutschland**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 7.273.350.001 bis 7.273.360.000 Euro
LuFV BKZ BschwAG

2. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 2.032.670.001 bis 2.032.680.000 Euro
Sonstige BKZ BSchwAG

3. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 200.860.001 bis 200.870.000 Euro
Maßnahmen zur Lärmsanierung
Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes vom 07.03.2005 bzw. seit
01.01.2019 die gleichnamige neue Richtlinie.

4. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 372.220.001 bis 372.230.000 Euro

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)

5. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 101.370.001 bis 101.380.000 Euro

EG-VO 1192/69 Anl. IV (Höhengleiche Kreuzungen)

6. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 1.660.001 bis 1.670.000 Euro

Aufrechterhaltung v. Strecken u. Verladeanlagen

7. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 3.750.001 bis 3.760.000 Euro

Baukostenzuschüsse für Förderinitiative "Elektrische Güterbahn"

8. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 184.490.001 bis 184.500.000 Euro

Baukostenzuschüsse für die Beseitigung von Starkregen- und Hochwasserschäden im Jahr 2021

9. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 350.930.001 bis 350.940.000 Euro

ERTMS

Baukostenzuschüsse zur ERTMS (European Rail Traffic Management System) – Ausrüstung deutscher Anteile am transeuropäischen Schienennetz.

Grundlagen: Rahmenvereinbarung über die Finanzierung von Investitionen (Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen) in die Schienenwege der Deutschen Bahn Aktiengesellschaft /DB Netz AG mit dem Bund, vertreten durch BMVBS und BMF, vom 14.12.1999 sowie Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Durchführung von Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (RV2020), schlussgezeichnet am 25.08.2020, zwischen DB Netz AG /DB Station&Service AG /DB Energie GmbH und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch BMVI und BMF

10. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 43.630.001 bis 43.640.000 Euro

FAAB

Förderinitiative zur Attraktivitätssteigerung und Barrierefreiheit von Bahnhöfen (FAAB)
FAAB heißt das ZIP-Folgeprogramm des Bundes zur Förderung des barrierefreien Ausbaus kleiner und mittlerer Bahnhöfe von 2019 bis 2026.

Im Dezember 2019 zeichnete der Bund den ersten von drei Teilen eines neuen Förderprogramms mit dem Titel "Förderinitiative zur Attraktivitätssteigerung und Barrierefreiheit von Bahnhöfen 1" (FAAB1).

Mit dieser Vereinbarung wird der barrierefreie Ausbau von aktuell rd. 98 kleineren und mittleren Verkehrsstationen auf den Weg gebracht. Zur Verbesserung der Barrierefreiheit zum Bahnsteig und zum Zug werden vor Ort u. a. Bahnsteige erneuert und erhöht, Aufzüge/Rampen erstellt oder die Wegeleitung und Fahrgastinformationen angepasst.

11. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 18.710.001 bis 18.720.000 Euro

Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes für Bedarfsplanmaßnahmen gemäß Anlage 4 und 5 Investitionsgesetz Kohleregionen - InvKG

12. EU

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 319.870.001 bis 319.880.000 Euro

CEF-Mittel

Für prioritäre Maßnahmen zum Ausbau des Transeuropäischen Netzes wurden EU-Fördermittel - Connecting Europe Fazilität (CEF-Mittel) ausbezahlt.

13. Bundesländer

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Divers

Betrag: 506.120.001 bis 506.130.000 Euro

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Baden-Württemberg 13.324.456

Bayern 163.763.251

Berlin 0

Brandenburg 241.823

Bremen 0

Hamburg 0

Hessen 86.546.811

Mecklenburg-Vorpommern 0
Niedersachsen 91.392
Nordrhein-Westfalen 194.072.805
Rheinland-Pfalz 33.652.485
Saarland 0
Sachsen 3.285.708
Sachsen-Anhalt 433.687
Schleswig-Holstein 10.713.783
Thüringen 0

14. Gemeinden, Landkreise, Straßenbaulastträger, Zweckverbände, weitere

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Divers

Betrag: 641.470.001 bis 641.480.000 Euro

Andere Zuschüsse Gemeinden, Landkreise, Straßenbaulastträger, Zweckverbände

15. Weitere Zuschussgeber

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Divers

Betrag: 337.240.001 bis 337.250.000 Euro

Andere Zuschüsse Länder

Baden-Württemberg 72.774.437,92 €

Bayern 197.420.658,80 €

Berlin 12.900.093,60 €

Brandenburg 8.649.159,91 €

Bremen 1.754.647,63 €

Hamburg 1.827.500,00 €

Hessen 3.663.477,00 €

Mecklenburg-Vorpommern 3.087.277,91 €

Niedersachsen 13.941.758,28 €

Nordrhein-Westfalen 1.000,00 €

Rheinland-Pfalz 1.199.238,23 €

Saarland 3.176.289,00 €

Sachsen 5.471.526,50 €

Sachsen-Anhalt 7.803.818,07 €

Schleswig-Holstein 860.486,91 €

Thüringen 2.716.867,96 €

16. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 3.280.001 bis 3.290.000 Euro

Strukturstärkungsgesetz (StStG)

17. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 70.530.001 bis 70.540.000 Euro
Deutschlandtakt

18. EU

Europäische Union
Brüssel
Betrag: 18.190.001 bis 18.200.000 Euro
KaZuNovum Fördermittel (CEF II-Mittel)
Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur (EU-EFRE-Mittel)

19. EU

Europäische Union
Brüssel
Betrag: 5.540.001 bis 5.550.000 Euro
Andere Zuschüsse EU - Digitalisierung Bahnbetrieb
Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur (EU-EFRE-Mittel)

20. EU

Europäische Union
Brüssel
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Andere Zuschüsse EU - HORIZON 2020
Baukostenzuschüsse des Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur (EU-EFRE-Mittel)

21. EU

Europäische Union
Brüssel
Betrag: 1.220.001 bis 1.230.000 Euro
EU-Europes Rail

22. EU

Europäische Union
Brüssel
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Shift 2 Rail

23. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 5.800.001 bis 5.810.000 Euro
Baukostenzuschüsse für Digitalisierung Bahnbetrieb

24. Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Projekt Data4PoM

Entwicklung eines bundesweiten Standards für digitale Haltestelleninformationen (gemäß Bescheid BMDV vom 14.06.2023 und 25.11.2024)

25. EU

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Andere Zuschüsse EU - ETCS/ ATO SBS BR 423/ 430

(Grant Agreement Nr. M2019/241127)

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[DB24_InfraGO_web_01.pdf](#)